3. August 2013

Mitteilungen der AG Verkehr

Am 31. Juli 2013 fand im Stadtteilladen eine gemeinsame Sitzung von Sprechergremium und AG Verkehr der STV Wilhelmstadt statt. Die Zusammenkunft diente der Vorbereitung der Sitzung des Sanierungsbeirates am 7. August (Stadtteilladen, 17:00 Uhr), zu der ausnahmsweise auch die Mitglieder der AG Verkehr eingeladen worden sind.

Die AG Verkehr hat sich in den letzten Monaten gründlich mit zwei Texten beschäftigt, die als grundlegend auch für die dringend erforderlichen konzeptionellen Verkehrsplanungen in der Wilhelmstadt angesehen werden müssen: 1) „Lärmminderungsplanung für Berlin — Materialien zum Aktionsplan. Bericht zum Konzeptgebiet Wilhelmstadt", hrsg. von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Mai 2008; 2) „Zwölfte Verordnung über die förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten", Vorlage des Senats an das Abgeordnetenhaus von Berlin vom 15. März 2011. — Das im März 2013 vom Bezirksamt Spandau von Berlin herausgegebene „Bezirksregionenprofil Wilhelmstadt" als Strukturelement zur Umsetzung einer „fächerübergreifenden Sozialraumorientierung" im Rahmen des Integrierten Stadtteilentwicklungskonzeptes (INSEK) lehnt sich in Verkehrsfragen eng an die Lärmminderungsplanungen der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz an (vgl. die Kapitel 10: Mobilität und 11: Umwelt [Lärmbelastung]). (Alle genannten Dokumente stehen auf der Website der STV Wilhelmstadt — www.stv-wilhelmstadt.de — zur Verfügung.)

Frank Meyer, Reinhard Tantow und Gordon Tiede schlugen dementsprechend vor, die Sitzung des Sanierungsbeirates zu nutzen, um vorrangig nach der Realisierung der seit mindestens fünf Jahren wenigstens in den Grundzügen vorhandenen Verkehrskonzeptionen für die Wilhelmstadt und insbesondere für die Pichelsdorfer Straße zu fragen.

Vor allem die Problematik der Finanzierung scheint in diesem Zusammenhang weiterer Klärung dringend bedürftig: Für die Pichelsdorfer Straße stehen lediglich 350.000 € zur Verfügung. Sollte dieser Betrag für Planung plus Verkehrsorganisation plus Baumaßnahmen gedacht sein, dann lassen sich damit allenfalls Kleinigkeiten, aber kein vernünftiges Verkehrskonzept (unter Einbeziehung der Nebenstraßen, mit Ausstrahlung auf den gesamten Stadtteil und möglicherweise mit Folgewirkungen für den ganzen Bezirk) finanzieren. Dagegen wurde, wenig überraschend, der

Etat für den Bahnhofsvorplatz im Interesse der Altstadt mit vorläufig 1,1 Mill. € relativ großzügig bemessen. Es stellt sich folglich ganz von selbst die Frage nach möglichen, für die Wilhelmstadt negativen Umverteilungen von Geldern, sollten dort oben am Bahnhof die Kosten aus dem Ruder laufen. Finanzielle Manövriermasse dürfte sich auch aus dem ambitionierten, aber singulären und marginalen Vorhaben einer Durchwegung Metzer Platz-Krowelstraße-Privatgelände-zweite Burgwallgrabenüberquerung-Bethanien ergeben. Dafür ist immerhin ½ Million € vorgesehen. Es muss sich indes notwendigerweise als schwierig bis unmöglich erweisen, von der betroffenen Eigentümergemeinschaft an der Krowelstraße das einstimmig gegebene Einverständnis zu erlangen, ihr Grundstück in Zukunft quasi als öffentliches Straßenland nutzen zu lassen. (Der Fall der Durchwegung Jägerstraße-Adamstraße ist grundsätzlich anders gelagert. Dort waren die Grundeigentümer zu einer Verständigung bereit, weil ihnen verhältnismäßig wenig abverlangt wurde, nämlich ein paar Quadratmeter Fläche, sie dafür aber nicht nur den Gegenwert, sondern darüber hinaus die Zusage von kommunalen Investitionen erhielten, die zu einer beachtenswerten Aufwertung des gesamten Areals führen werden. Im Gegensatz dazu verlangt man von den Eigentümern an der Krowelstraße relativ viel und hat als Gegenleistung nicht als Ärger anzubieten.) — Frank Meyer wies abschließend auf die ausgerechnet für das ehemalige Postgelände an der Klosterstraße vorgesehenen Finanzmittel hin.

Die im Stadtteilladen Versammelten gelangten übereinstimmend zu der Auffassung, dass es nicht notwendig und auch nicht zielführend sei, im Sanierungsbeirat allzu sehr ins Detail zu gehen. Wichtig erschien es ihnen jedoch, wenigstens nachträglich über die Ausschreibung des Verkehrsgutachtens für die Wilhelmstadt durch das Bezirksamt Spandau und die damit verbundenen Arbeitsaufträge an die Verkehrsexpertenbüros informiert zu werden. Aus solchen Unterlagen erhoffen sie sich einige Aufschlüsse über bereits getroffene stadtentwicklungspolitische Vorentscheidungen.

Reinhard Tantow